



Bundesministerin für Frauen,
Familie, Jugend und Integration

bundeskanzleramt.gv.at

MMag. Dr. Susanne Raab
Bundesministerin für Frauen, Familie,
Jugend und Integration

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.260.995

Wien, am 9. Juni 2021

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Lindner, Kolleginnen und Kollegen haben am 9. April 2021 unter der Nr. **6203/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „konkrete Maßnahmen zur LGBTIQ-Gleichstellung“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1-3, 6 und 7:

1. *Für welche konkreten Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von LGBTIQ-Personen aus dem Regierungsprogramm ist Ihr Bundesministerium zuständig?*
2. *Wurden seitens Ihres Ministeriums bisher konkrete Schritte zur Umsetzung dieser Punkte gesetzt?*
 - a. *Wenn ja, welche? Bitte um detaillierte Auflistung.*
 - b. *Wenn nein, warum nicht und welche künftigen Maßnahmen sind geplant?*
3. *Sind über das Regierungsprogramm hinausgehend Maßnahmen oder konkrete legislative Vorschläge durch Ihr Ministerium in Hinblick auf die Verbesserung der Situation von LGBTIQ-Personen geplant?*
 - a. *Wenn ja, welche? Bitte um detaillierte Auflistung.*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*

6. *Wurden seitens Ihres Ministeriums konkreten nationalstaatliche Maßnahmen in Hinblick auf die Umsetzung dieser Strategie der Europäischen Kommission gesetzt?*
 - a. *Wenn ja, welche? Bitte um detaillierte Auflistung.*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*
7. *Welche Beiträge zur Umsetzung dieser Strategie der Europäischen Kommission haben Sie bisher im Rahmen des Europäischen Rates gesetzt?*

Der Schutz vor Diskriminierung ist eine Querschnittsmaterie, die sich in unterschiedlichen Zuständigkeiten auf Bundes- und Landesebene wiederfindet und die Mitwirkung aller Ressorts, Länder und der Zivilgesellschaft erfordert. In den Bereichen Frauen, Familie, Jugend und Integration im Bundeskanzleramt werden folgende Maßnahmen gesetzt:

Grundsätzlich sind alle vom Frauenressort geförderten anerkannten Frauen- und Mädchenberatungsstellen, Beratungsstellen für Opfer von sexueller Gewalt, die Frauenhelpline und Online- Beratung sowie die geförderten Notwohnungen und Notunterkünfte Anlaufstellen für unterschiedliche Zielgruppen mit ihren unterschiedlichen Belangen. Sie bieten auch kompetente Hilfestellung bei jeder Form von Diskriminierung. Zudem befassen sich auf Bundesebene insbesondere die Gleichbehandlungsanwaltschaft und ihre Regionalstellen sowie die Gleichbehandlungskommission mit Fragen der Antidiskriminierung und Gleichbehandlung. Auch die Familiensektion fördert nach dem Familienberatungsförderungsgesetz Beratungsstellen, die kostenlose und anonyme Beratungen bei jeder Form von Diskriminierung flächendeckend anbieten.

Außerdem ist mein Ressort – neben dem Arbeitsressort – in unterschiedlichen Arbeitsgruppen des Rates der Europäischen Union in Austausch mit den Mitgliedstaaten im Hinblick auf den Schutz vor Diskriminierung.

Darüber hinaus darf ich auf die Beantwortungen der Parlamentarischen Anfragen zu Nr. 5290 vom 10. Feber 2021 und zu Nr. 4196 vom 17. November 2020 verweisen.

Zur Frage 4:

4. *Welche konkreten Projekte unterstützt Ihr Ministerium in Hinblick auf die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen? Bitte um detaillierte Auflistung.*

2020 wurden vom Frauenressort österreichweit acht spezialisierte Beratungsangebote für LGBTIQ-Personen langfristig gefördert: in Niederösterreich (Transgender-Team-Austria), Oberösterreich (autonomes Frauenzentrum und LENA), die Beratungsangebote von

Courage und LEFÖ Wien. Zusätzlich wurden auch drei langjährige Projekte gefördert, wie der Klagsverband zur Durchsetzung der Rechte von Diskriminierungsopfern. Somit wurden insgesamt elf Projekte für die Zielgruppe der LGBTIQ-Personen 2020 finanziert.

Darüber hinaus fördert das Familienressort im Bundeskanzleramt die fünf Beratungsstellen (in Wien, Linz, Graz, Salzburg und Innsbruck) des Vereins "COURAGE - Österreichisches Institut für Beziehungs- und Sexualforschung" als Familienberatungsstellen für diese Zielgruppe.

Zu den Fragen 5 und 8:

5. *Für welche konkreten Handlungsfelder zur „Förderung der Gleichstellung von LGBTIQ (...) die in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen“ sieht sich Ihr Ministerium in Hinblick auf die, im November 2020 übermittelte, Mitteilung der Europäischen Kommission über die LGBTIQ-Strategie „Union der Gleichheit“ zuständig?*
8. *Wie beurteilen Sie die Wichtigkeit des von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Ziels der Erarbeitung nationalstaatlicher Aktionspläne zur LGBTIQ-Gleichstellung für die Republik Österreich?*

Ich darf auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 4196 vom 17. November 2020 verweisen.

MMag. Dr. Susanne Raab

